

Solidarität mit den Arbeitern und dem griechischen Volk! Wir zahlen nicht für eure Krise und die Schulden des Kapitals!

Die Arbeiterklasse und das griechische Volk sind Ziel eines organisierten Angriffs der Banken, der Europäischen Union (EU) und des Weltwährungsfonds (WWF), die diesen einen ungeheuren Sozialkahlschlag aufbürden wollen und sie die Schulden des Kapitals zahlen lassen wollen.

Drastische Kürzungen der Löhne und der Renten, Steuererhöhungen, Vernichtung der Sozialsysteme, weiteres Vorantreiben von Privatisierungen usw., das bedeutet enorme Verarmung, die die internationale Bourgeoisie dem griechischen Volk aufzwingen will. Und die griechische sozial-liberale Regierung pariert.

Arbeiter, Jugend, Bauern usw. haben Recht, wenn sie es zurückweisen, die Krise des Systems zu bezahlen. Es gibt keinen Tag ohne Streiks und Demonstrationen. Gemeinsam mit dem griechischen Volk fordern wir:

“Die Banken, die Kapitalisten müssen für ihre Krise, ihre Schulden zahlen und nicht das Volk!”

Die EU hat eine neoliberale Politik eingeschlagen, die die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgeweitet und die die Sozialsysteme zerstört hat.

Regierungen und die Europäische Zentralbank (EZB) haben Milliarden Euro Staatskredite aufgebracht, um die Banken zu retten. Dieselben Banken profitieren von den ungeheuren Staatsschulden. Sie bieten der griechischen Regierung Kredit-

te mit Zinsen von mehr als 10% an, während sie sich zu erheblich niedrigeren Zinsen finanzieren.

Die Führer anderer Länder der EU, insbesondere die von Deutschland und Frankreich, verlangen von der griechischen Regierung Maßnahmen gegen das Volk. Das ist die “europäische Solidarität”: Solidarität zwischen Kapitalisten, zwischen Monopolen, um die Barrieren für eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter aller Länder abzuschaffen; das ist Solidarität zwischen neoliberalen und sozial-liberalen Regierungen um zu privatisieren und Sozialdumping zu organisieren.

Aber es gibt keine Solidarität mit den Völkern, die Opfer ihrer Politik sind; sondern die imperialistischen Mächte, die die EU dominieren, nutzen die Krise und die Schwierigkeiten ihrer Konkurrenten aus, um sich zu stärken, Märkte zu er-

obern und diese zu beherrschen. Andere Länder sind Ziele der Banken und Spekulanten: Spanien, Portugal...

Wir erklären uns mit der Arbeiterklasse, den Arbeitern in der Stadt und auf dem Land, der Jugend usw. Griechenlands solidarisch:

Wir unterstützen ihren Kampf, mit dem sie zurückweisen, dass sie die Krise und die Schulden des Kapitals zahlen.

Wir prangern die ekelregenden Erpressungen seitens der Regierungen der EU an, die immer neue “Opfer” fordern.

Wir prangern die EU und den WWF an, die dieses Land der Kontrolle der Großbanken, der Monopole und der großen imperialistischen Mächte unterwerfen wollen. Wir fordern das Recht für das griechische Volk wie auch für alle anderen Völker auf Austritt aus der EU, einem Instrument der Vorherrschaft und der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter und Völker.

Wir rufen die Arbeiter und Völker auf, sich mit dem Kampf der Arbeiterklasse und des griechischen Volkes zu solidarisieren, indem sie in ihren Ländern gegen dieselbe Politik, die allein zum Nutzen der Monopole ist, kämpfen.



28.4.2010: Solidaritätsaktion in Paris mit dem Kampf der griechischen Arbeiter und des Volkes gegen die Abwälzung der Krise auf ihren Rücken

Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF)
Bewegung für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Griechenlands (1918-55)
Kommunistische Partei Spaniens/ Marxisten-Leninisten
Kommunistische Jugend Spaniens/ Marxisten-Leninisten
Kommunistische Plattform Italiens
Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
Marxistisch-leninistische Organisation Revolution Norwegen
Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei
Kommunistische Marxistisch-leninistische Organisation „Rote Linie“, Gènes
Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten Italien
Internationale Konferenz Marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen

Griechenlandhilfe? Bankenhilfe!

Eigentlich müsste die am 7.5.2010 im Bundestag verabschiedete Griechenlandhilfe Bankenhilfe heißen.

Denn tatsächlich ist diese Hilfe nur dafür da, die faulen Kredite deutscher Banken zu decken und diesen die Rückzahlung zu garantieren. Denn Griechenland steht bei deutschen Banken laut ftd (Financial Times Deutschland) mit 43 Milliarden Euro in der Kreide. Die Hypo Real Estate hält für 9,1 Milliarden Euro griechische Staatsanleihen. Die Commerzbank für 4,6 Milliarden Euro. Die LBBW für 2,7 Milliarden Euro, die BayernLB für 1,5 Milliarden Euro. Auch die Allianz und die Münchner Rück sind beim Poker mit Krediten für Griechenland dabei. Die Banken haben hier wieder gezoxt. Denn mit griechischen Staatsanleihen ließen sich überdurchschnittlich hohe Zinsen erzielen. Das Risiko können ja

dann wieder die Arbeiter, Angestellten, Rentner, Bauern, Jugend usw. sowie das griechische Volk tragen.

Mit den jetzt rund 22 Milliarden Euro Staatshilfe aus Deutschland wird nur die Rückzahlung dieser Schulden ermöglicht. In Griechenland wird kein Cent dieser „Griechenlandhilfe“ real ankommen. Dafür kann dann Griechenland gleich doppelt Zinsen zahlen: für die alten Kredite bei den deutschen Banken und für die neuen Kredite zur Rückzahlung. Und der deutsche Staat muss ja auch, weil er bereits pleite ist, Geld bei den

Banken holen, denen er mit seiner „Griechenlandhilfe“ hilft.

In der Realität sieht das dann ungefähr so aus: Eine Bank hat 2 Milliarden faule Kredite in Griechenland. Sie gibt nun dem deutschen Staat 1 Milliarde Kredit – das geht heute online mit einem Mausklick. Per Mausklick landet

das Geld beim griechischen Staat und per Mausklick wird es dann wieder an die Bank zur Tilgung der Schulden überwiesen. Das Geld hat die Bank praktisch nie verlassen, aber die Bank bekommt sowohl ihre faulen Kredite samt Zinsen zurück und kann dann noch einmal an

dem Milliarden-Hilfskredit verdienen. Hinzu kommt, dass international Banken mit Spekulationen um CDS (Kreditausfallversicherungen) gegen den Euro und griechische Staatsanleihen die Lage dramatisch verschärft haben. Ihnen brachte das rasche Spekulationsgewinne und höhere Zinsen bei den griechischen Staatsanleihen. Laut New York Times gehören zu diesem Kreis die Credit Suisse, die UBS, die Société Générale, die BNP Paribas und die Deutsche Bank.

Hinzu kommt, dass die jetzigen Staatskredite nicht nur dazu dienen, das griechische Volk zu erpressen, Löhne und Renten massiv zu senken, sondern dass sie wohl auch dazu genutzt wurden, Griechenland Milliarden schwere Rüstungsgeschäfte abzupressen. Laut einer Aussage des Europaabgeordneten Cohn-Bendit wurde Griechenland gezwungen „französische Fregatten für 2,5 Milliarden, Hubschrauber, Flugzeuge und deutsche U-Boote“ weiterhin zu kaufen. So werden mit den Staatskrediten die Profite der Rüstungsmonopole abgesichert.

Für diese Hilfe für Banken, Spekulanten und Rüstungskonzerne müssen dann die Menschen sowohl in Griechenland wie auch in Deutschland teuer zahlen.

Deshalb:
Solidarität mit dem griechischen Volk und seinem Kampf gegen das Finanzkapital!
Schluss mit den Milliardenhilfen für die Banken!

12. Juni 2010: Demonstrationen
„Wir zahlen nicht für Eure Krise!“

Berlin, 12 Uhr, Alexanderplatz
Stuttgart, 10 Uhr Kundgebung,
Lautenschlagerstraße (am Hbf),
11 Uhr Demonstration, 12:30
Kundgebung, Schlossplatz

Nr. 3 | Mai 2010 | 8. Jahrgang www.arbeit-zukunft.de | 1 Euro

ARBEIT ZUKUNFT

ARBEIT, WOHNUNG, AUSKOMMEN UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

abo-zettel

o Hiermit bestelle ich die Zeitung „Arbeit Zukunft“ ...mal für 1 Jahr (6 Ausgaben zum Preis von 9 Euro inkl. Versand). Wird das Abo nicht 4 Wochen vor Ablauf gekündigt, verlängert es sich um ein Jahr.

o Ich möchte Kontakt zu Euch.

o Bitte schickt mir die Zeitung „Arbeit Zukunft“ zweimal kostenlos zur Probe.

„Arbeit Zukunft“ erscheint vorerst zweimonatlich.

Name:.....

Anschrift:.....

Tel.:..... E-Mail:.....

Unterschrift:.....

Bitte einsenden an:
Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
Tel. 0711-8702209, Fax 0711-8702445
www.arbeit-zukunft.de E-Mail: webmaster@arbeit-zukunft.de